

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

27 (3.3.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-888146](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-888146)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfallig.

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: H. Sirtl. Druck und Verlag von E. Sirtl.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld
Anzeigenpreise: Die einpaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht

Schließtag 17

Nr. 27

Elsfleth, Dienstag, den 3. März

1931

Chronik des Tages.

— Reichsaussenminister Dr. Curtius trifft am heuti-
gen Montag in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Bänder
einem Staatsbesuch in Wien ein.
— Aus Anlaß des Volkstrauertages fanden im Deut-
schen Reich und in den auslandsdeutschen Kolonien Ge-
heimnisse für die Gefallenen des Weltkrieges statt.
— Am Sonntag wurden in Braunschweig die Ge-
heimdenkmale neu geweiht.
— Die englisch-italienischen Verhandlungen fanden mit
ihrem Empfang der englischen Minister durch den König
in Rom ihren Abschluß.
— Die Internationale Diplomatenakademie trat in
Paris zu einer feierlichen Sitzung zusammen, um die
Statuten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes
in Genève zu empfangen.
— In Berlin überfielen mehrere Männer den Kassens-
besitzer einer Großbank. Die Beute der Räuber betrug
10000 Mark.

Deutsch-Österreich.

— Wien, 2. März.
Am heutigen Montag stattete Reichsaussenminister
Dr. Curtius in Begleitung des Staatssekretärs Dr.
Bänder und einiger Herren des Auswärtigen Amtes
den österreichischen Regierung den angeforderten
Staatsbesuch ab. Wenn auch Reichsminister Dr. Brüning
keinen Augenblick seine Teilnahme an dieser Reise
fragen mußte, so ist dieser Besuch doch auch so ein
neuer Ausdruck der österreichisch-deutschen Gemeinschaft.
Die „Unabhängigkeit, die Deutsch-Österreich
durch den Diktatfrieden von St. Germain — aller-
dings erst nach vorheriger Abtrennung großer Ge-
biete mit mehr als vier Millionen gesessenen siebeln-
den Deutschen — befohlen worden ist, gereichte dem
Land nicht zum Segen. Ist die Wirtschaft nun heute
noch in allen Ländern heimisch, haben die politischen
Verhältnisse gegenwärtig fast überall eine bedrohliche
Schärfe angenommen, so hat doch Deutsch-Österreich
in der Welt- und Krisenchronik manches voraus. In
der Weltwirtschaft von St. Germain kann es eben keine
stabile Entwicklung geben.

Wer es ist zweifels, bekannte Tatsachen wieder an-
zuführen und sie zu bedauern. Im Vordergrund muß
die praktische Arbeit stehen, und das ist in diesem Fall
die praktische Anschließpolitik. Noch ist der Geist
wichtiger als die materielle Macht! Weichen die groß-
deutschen Bestrebungen, wie sie seit fast einem Jahr-
hundert in Österreich lebendig sind, weiterhin kräftig
nach vorn, wird auch der Tag kommen, an dem auf den
Bergen in Bayern und Tirol die Grenzsteine fallen
und das deutsche Volk sich in einem deutschen Staat
zusammenfindet.

Wie sehr Deutsch-Österreich ein deutsches Land
ist, zeigt die Kulturgeschichte dieses Erdteils. Und
man muß nur als ein Stück der deutschen Gesamtkultur
erleben können. „Österreich ist mein Vaterland,
Deutschland mein Mutterland, ich lieb' sie beide innig!“
Die österreichische Dichterin Samerling. Wer stand
vor dem Stephansdom in Wien stand, die alten
Waffen Salzbürgs durchwanderte, die Stätten besuchte,
an denen impotente Krieger und Stifter, Zeugen älter
Kulturarbeit, die Taler beherrschten, wer die Bau-
denkmäler Österreichs alte Stulpturen fand, wer die Bau-
denkmäler dieses Landes kennt und sich daran er-
innert, daß Wien die zwielichtige deutsche Unübersicht
beherbergt, dem offenbart sich immer aufs neue der ur-
deutsche Charakter des heutigen Deutsch-Österreichs.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Literatur
dieses Landes für seinen deutschen Geist zeugt. Von
den Tagen des Mittelalters und des Grundrisses bis
zur Gegenwart haben österreichische Schriftsteller beige-
tragen. In Österreich sang Angenreuber, Samerling
und Moserger — von den Zeitgenossen zu schweigen —
in Österreich stand die Biographie Mozarts, Haydns, Schu-
berts, Johann Strauß', und ebenso war hier die Wir-
kungsstätte Beethovens.

Sobald es in der deutschen Kultur niemals Staats-
grenzen gegeben, nur in der Politik gab es Grenzsteine,
so ist in den Werten gerettet, daß sie sich bis in das Zeit-
alter der Nationen erhalten haben und nun als eine Ver-
körperung des in der Wilson-Note vom
9. Juli 1917 enthaltenen Satzes: „Rein Volk darf un-
ter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es
nicht leben will.“ das dem deutschen Volke ange-
tane Unrecht in die Welt schreien.

Was es vorerst durch fremde Gewalt noch zwei
deutsche Staaten für ein einziges deutsches Volk geben,
das darf uns nicht hindern, jede Gelegenheit wahrzu-
nehmen, um den Anschlag zu vollenden — in der Po-
litik, in der Verwaltung und in der Wirtschaft — und
so den Anschlag zu einer rein formellen Frage zu ge-

stalten. Aus der österreichisch-deutschen Kulturgemein-
schaft muß so auch eine Staats- und Wirtschaftsgemein-
schaft werden. Das ist das Ziel, zugleich aber ein
Ideal, an dem sich ein kräftiges Nationalgefühl ent-
zünden kann. Und das ist wichtig für den deutschen
Wiederaufstieg, der heute wie 1812 eine geistige Er-
neuerung zur Voraussetzung hat.

Sarifverträge allgemein erneuert

Stegerwald über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
— Reform der Sozialversicherung dringlich.

— Berlin, 2. März.
Der Haushaltsausschuß des Reichstags wandte sich
der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums
zu. Minister Stegerwald leitete die Beratungen
mit einer Rede ein, in der er die Schaffung einer
Öffnungsbank für politische und wirtschaftliche Ver-
nunft forderte und die Notwendigkeit einer Verständig-
keit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern be-
tonte. Zur Arbeitslosenfrage führte er aus:

Ein Allheilmittel für die Bekämpfung der gegenwärtigen
Krise gibt es weder in Deutschland noch in der Welt. Es
sind von den verschiedensten Seiten die vielseitigsten Vor-
schläge gemacht worden. Am umfassendsten ist das Sanie-
rungsprogramm der Reichsregierung. Sein Ziel ist, unter
allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen
Hand zu bringen, Sicherheit und Vertrauen und damit die
Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik zu schaffen.
Das ist natürlich Aufgaben, die nicht von einem
Tag zum anderen gelöst werden können. Bis dahin kann
man selbstverständlich nicht die Arbeitslosen ihrem Schicksal
überlassen. Aber auch für die Übergangsperiode liegen
die Dinge nicht so einfach.

In der Frage der Meliorationen gibt es keinen
Erfolg. Sobald die Beschäftigung langfristiger Arbeiter mög-
lich ist, soll und kann mit einem großen Programm be-
ginnen werden. Ueber die Frage der fremdländischen
Landarbeiter haben sich Reichsregierung und Reichs-
rat geeinigt. Ziel ist, möglichst bald ohne ausländische
Landarbeiter auszukommen. Das neunte Schlußjahr ist sehr
schlecht als vorübergehende Zwangsmaßnahme denkbar. Von
der Arbeitsdienstschrift vertritt sich das Kabinett nicht
den Erfolg und die moralische Wirkung, wie sie von den
Beisitzeren erwartet werden. Anders sieht es mit dem
Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes. Für die Pläne,
die der Reichsfinanzminister ventilerte, kommen in der
Hauptfrage Kohlen, Eisen, Schiffbau und Reichsbahn in
Frage.

Ob eine weitere Kohlenpreiserhöhung und ein sehr
viel geringerer Kohlenverbrauch erreichbar ist, oder dadurch
eine Senkung der Kohlenpreise, der Tarife für Gas, Wasser
und Elektrizität, und so eine größere Wiederbelebung zu
erwarten ist, erscheint zweifelhaft.

Bei Eisen und Stahl liegt die Sache auch sehr schwierig.
Die Reichsbahn könnte vielerlei tun zur Bekämpfung der Be-
schäftigungslosigkeit. Im Kern ist es aber zunächst eine Kapital-
beschäftigungs- und dann eine Zinsenfrage. Im ganzen er-
heblichen grundsätzliche Bedeutung, die gegen jede Sonder-
unterstützung einzelner Wirtschaftszweige aus öffentlichen
Mitteln bestehen. Wenn überhaupt, so dürfen Subventionen
nur in den seltensten Ausnahmefällen vertretbar sein,
wo Interessen des ganzen Volkes auf dem Spiele stehen.

Verfüzung der Arbeitszeit?

Was die Arbeitszeitverfüzung anlangt, so
kann die auch nicht als das große Allheilmittel angesehen
werden, denn es ist zu überlegen, daß nur noch gut die
Hälfte der Arbeiter voll beschäftigt sind. Ich kann nicht so
optimistisch sein, zu glauben, daß eine schematische Arbeits-
zeitverfüzung in der komplizierten deutschen Volkswirt-
schaft voll erreichen und daß man ohne Mehrproduktion
den Lebensstandard des deutschen Volkes aufrecht erhalten
kann. Das ist aber nicht das letzte Wort.

Führen andere Mittel nicht zum Ziele, dann muß
man trotzdem zu einer Arbeitsreduktion und zu einer Ar-
beitszeitverfüzung gelangen, denn es ist m. E. für uns
nicht tragbar, im ganzen Jahre 1931 vier und mehr
Millionen Menschen auf der Straße zu haben.

Die Lohnpolitik der Regierung.

Zur Lohn- und Schlichtungs politik führte
Minister Stegerwald aus, daß der wirtschaftlichen und be-
völkerungspolitischen Struktur Deutschlands sei ein
allgemeiner Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent kein
Allheilmittel. Wenn die Tarifparteien entgegen frühe-
rer Praxis sich jetzt des staatlichen Schlichtungsappa-
rates bedienen, weil sie sich nicht mehr verständigen
können, dann sei es ausgeschlossen, daß dieses Schlichtungs-
gremium bei den niedrigen Löhnen der Weltwett-
bewerbsindustrie nachgibt und die höheren Löhne
der Binnenmarktindustrie durch die Staatsmacht sta-
bilisiert. Die Lohnhöhe sei auch kein ausreichender
Maßstab. Hinsichtlich der Leistung stehe der deutsche
Arbeiter mit an der Spitze aller europäischen
Länder!

Bis zum 31. März müsse Klarheit über den Kurs
geschaffen werden, denn dann seien 80 Prozent aller
Tarife erneuert. Nach dem 1. April müsse überlegt
werden, wenn nicht friedliche Einigungen erfolgen, ob
noch auf eines der letzten Hilfsmittel für die Vermin-
derung der Arbeitslosigkeit: die gesetzliche Verfüzung
der Arbeitszeit, zurückgegriffen werden müsse.

Zum Schluß ging Minister Stegerwald noch auf
die Lage der Sozialversicherung ein. Bei der
Inhaltsüberprüfung werde in einiger Zeit an größere
Reformen herangegangen werden müssen. Sehr dring-
lich sei die Reform der Knappschaftsversicherung;
werde die Knappschaft in ihrer gegenwärtigen
finanziellen Verfassung doch das Jahr 1931 nicht
überleben! Ueber die Bekämpfung von Inflations-
erscheinungen und Mangelerscheinungen im Tarif-,
Schlichtungs- und Sozialversicherungswesen — so be-
endete der Minister dann seine Ausführungen — lasse
ich mit mir reden; an dem Kern dieser Einrichtungen
dagegen lasse ich nicht rütteln.“

Abbürdung der Tribute.

Jahresversammlung bayerischer Industrieller. — Motto:
Gemeinschaftsarbeit und Vertrauen.

— München, 2. März.
Die Ortsgruppe München des Bayerischen Indu-
striellenverbandes hielt unter dem Beizeugenden „Ge-
meinschaftsarbeit und Vertrauen“ ihre Jahreshaupt-
versammlung ab. Nach Wiederwahl der auscheidenden
Vorstandsmitglieder hob Geheimrat Böhl hervor, der
Bayerische Industriellenverband habe dieser Tagung
nach außen hin den Stempel der Gemeinschaftsarbeit
gegeben, da der Wiederaufbau des deutschen Volkes
nur durch einträchtige und zielbewusste Gemeinschafts-
arbeit herbeigeführt werden könne. Gerade das schwin-
dende Vertrauen im Unternehmensumfeld bedürfe der
Stärkung.

Ministerialdirektor Schenk vom bayerischen Mi-
nisterium des äußeren verbreitete sich über die Gründe
der Weltwirtschaftskrise. Reich und Staat müßten mit
allen Mitteln darauf hinarbeiten, auch ihrerseits die
Wirtschaftsgrundlage zu erleichtern. Das könne nur
geschehen durch bündigte, tunlichst weitgehende Abbür-
dung der untragbaren Tribute. In der Förderung
der heimischen Wirtschaft liege eine besondere Aufgabe
der Länderregierungen.

Oberbürgermeister Dr. Schmauß befaßte sich mit
der Kritik der Wirtschaftskrise an den Gemeinden.
Oberstudienrat Landtagsabgeordneter Schittenbauer
sprach über das Verhältnis von Industrie und Land-
wirtschaft.

Flotteneinigung in Rom.

Beitritt Frankreichs und Italiens zum Dreimächtepakt
bevorstehend.

— Rom, 1. März.
Der englische Außenminister Henderson und Lord
Alexander führten gestern ihre Besprechungen mit den
Unterhändlern der italienischen Regierung zum Ab-
schluß. Im Anschluß daran wurden die englischen Mi-
nister vom König empfangen. Die Audienz dauerte 15
Minuten. Ueber den Inhalt des englisch-italienischen
Abkommens wurde Stillschweigen bewahrt. Den Jour-
nalisten gegenüber beschränkte sich Henderson vor sei-
ner Abreise nach London lediglich auf die Mitteilung,
„nach schwieriger Arbeit sei ein prinzipielles Agree-
ment erreicht worden, durch das die in London in der
Schwebe gebliebenen Fragen erledigt werden können.“
Die Einzelheiten dieser Abmachung würden der fran-
zösischen Regierung bei der Zurechtfahrt durch Paris
unterbreitet werden. Sollte die französische Regie-
rung sich einverstanden erklären, würde das Agree-
ment auch der amerikanischen, der japanischen, der
englischen Regierung und den englischen Dominien zur
Kenntnis gebracht werden.

Ein erschütterndes Dokument.

Die deutsche Kinder in polnischen Schulen „Deutsch-
lernen.“

— Bromberg, 2. März.
Die „Deutsche Schulzeitung in Polen“ veröffent-
licht in ihrer Nummer 9 ein Dokument, das wahrhaft
erschütternd ist. Ein 14jähriges deutsches Mädchen,
das bisher in einem Dorf, das keine deutsche Schule
hatte, eine polnische Schule besuchen mußte, schrieb
den nachfolgenden Aufsatz:

„Montag, d. 26. Januar 1931. Es bgn gestern nach
die fatal gegangen und habe gefehrt, das der Fordner
autobus ist in die bra gefahren mit 20 Personen. Wispy
perjohben in unglück kamen kan is nis befragen. Im
8 ur zol das unglück passiert sein. Den kam is noch bog
um habe dos die mutt erreicht. Nach mita um 3 u
gingen wir hin unt woltyn whyn was da passiert ist
aber der autobus ist schon in der gansn talt gefahren.“

Halbmaß am Volkstrauertag.

Reichsgesetzliche Regelung für die Zukunft geplant.

— Berlin, 2. März.
Auf Anordnung der Reichsregierung haben die Reichsbehörden auch in diesem Jahre in der Halbmaßbeschlagnahme am Volkstrauertag sich dem Vorgehen der Landesbehörden angegeschlossen, es wird also in den Ländern halbmaß gefasst, in denen die Landesbehörden die Frage über halbmaß gefasst hatten. Die Reichswehr hatte im gesamten Reichsgebiet ihre Flaggen auf halbmaß gehißt; desgleichen wehte auf dem Reichspräsidentenpalais die Standarte auf halbmaß.

Um in Zukunft ein einheitliches Vorgehen von Reich und Ländern zu gewährleisten, wird die Reichsregierung über die Frage der Festsetzung und Gestaltung eines Gedenktages für die Opfer des Weltkrieges eine gesetzliche Regelung herbeiführen.

Gefallenen-Gedenkfeier in Wien.

— Wien, 2. März.

Die Deutsche Studentenschaft in Wien veranstaltete in der Aula der Universität eine Gedenkfeier für die im Felde Gefallenen. Die Feier wurde durch Sanktionen des österreichischen Infanterieregiments 5 eingeleitet. Die Gedenkrede hielt der Rektor der Universität, Professor Dr. Hans Lieberherr. Nachdem noch der Vorsitzende der Wiener Deutschen Studentenschaft der im Weltkrieg gefallenen Kommissionen gedacht hatte, sangen die Anwesenden zum Schluß das Niederländische Dankgebet und das Deutschlandlied.

Brüning und die Tribute.

Die Erklärungen des Reichszanlers vor dem Groß- und Heereshaushalt.

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Heereshandels veröffentlicht einen Bericht über seine letzte Präzisionsprüfung. Der auch die Ausführungen des Reichszanlers enthält. Danach erklärte Reichszanler Dr. Brüning zur Eröffnung u. a.:

Die Aufbringung der Reparationszahlungen stellt eine außerordentliche Belastung für die Finanzbildung dar. Deshalb ist aber auch die Frage eines Zahlungsaufschubes nur mit großer Vorsicht anzufassen. Sie ist keine Lösung des Reparationsproblems, sie kann vielmehr sogar die Lösung des Problems verbarrieren. Ich bin der Überzeugung, daß wir erst seit einem Jahr die Reparationszahlungen aus eigenen Mitteln

aufbringen. Vorher sind die Zahlungen nur auf Grund ausländischer Zufuhr von Krediten geleistet worden.

Aber jetzt, wo wir aus eigener Kraft die Zahlungen aufbringen müssen, zeigt es sich auch für die Gläubigerländer deutlich, daß nur durch einen Ausfuhrüberschuß diese Zahlungen vorgenommen werden können, und je mehr dieser Überschuß anerkannt wird, um so sicherer ist damit zu rechnen, daß wir an einem Zeitpunkt in der Auffassung der Wirkung dieser Zahlungen seitens der Gläubigerstaaten kommen.

Das neue Hauszinssteuergesetz.

Der Ausgleich für die erhöhten Zinsen der Aufwertungshypotheken.

— Berlin, 2. März.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags begann die Beratung des Verlängerungsgesetzes für die preussische Hauszinssteuer. Den besonderen Gegenstand der Beratung bildete die Frage des Ausgleichs für die Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungshypotheken, die mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an eintritt.

Finanzminister Dr. Koepfer-Alshoff führte aus, durch die Dezember-Novemberverordnung sei eine Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent vorgeschrieben. Ein Rechtsanspruch des Hausbesitzers auf Ausgleich für die Erhöhung des Zinsfußes der Aufwertungshypotheken sei im Gegensatz zu anderer Auffassung nicht gegeben. Ganz anders aber sei die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Ausgleichs zu beurteilen. Es sei anzuerkennen, daß die dreiprozentige Senkung nicht ausreiche. Der Antrag der Koalitionsparteien werde von der Regierung für tragbar gehalten.

Liebe macht demütig

ROMAN VON JOHANN LOHR

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

12

Eugenie sprang auf. Flammenden Auges trat sie dem Baron näher:

„Und glauben Sie denn, mein Herr, daß ich irgendeinem Menschen auf der Welt, selbst meinem Vater, das Recht zugestehen, über meine Hand zu verfügen. Ich gehöre nicht zu denen, die die Ehe als einen Tauschhandel betrachten. Ich werde nie meine Hand ohne mein Herz fortgeben, und umgekehrt verlange ich das gleiche Empfinden. Ich bezweifle sehr, daß Sie mir außer dem Namen noch etwas Wertvolles entgegenbringen. Auf das, was ich von einer Ehe erhoffe, hätte ich sicher verzichten müssen, das sagte mir mein Gefühl.“

Sie schweig, der Graf des Freiherrn bannete sie. Es war, als ob er mit großem Interesse ihrer Antwort gefolgt sei, doch jetzt sprach Ablehnung aus seinem Gesicht. Seine Augen bohrten sich tief in die ihren, als er sie fragte:

„Und brachten Sie, mein gnädiges Fräulein, mir schon etwas entgegen, das für mich wertvoll war? Wenn Sie als Grundstein einer Ehe die Liebe beanspruchen, so begehe ich das und nehme heute an, daß sich Ihr selbiger Vater irrt, als er mir auf eine Frage antwortete: Meine Tochter ist innerlich frei; Sie dürfen überzeugt sein, daß kein tieferes Empfinden für irgendeinen Bewerber ein Hindernisgrund ist. Werden Sie um Eugenie, und wie ich mein Kind und auch Sie kenne, weiß ich, daß Sie miteinander glücklich werden. Der alte Herr hat sich wohl doch getrrrt, und ich bedaure, Ihnen mit meinem Antrag nachgetreten zu sein. Ich nehme an, daß Sie bereits gebunden sind und bitte um Verzeihung.“

Es war Eugenie nicht möglich, noch ein Wort zu erwidern; sie sah vor sich nieder. Nur ein leichtes Neigen

Neue russische Bluturteile?

Vor dem Prozeß gegen die Menschewiki. — Die kommunistischen Organisationen fordern Todesstrafen.

— Moskau, 2. März.

In den nächsten Tagen beginnt in Moskau wieder ein großer politischer Prozeß. Die hierher Angehörigen der Partei der Menschewiki sind wegen „klassenfeindlicher und staatsgefährlicher Betätigung“ angeklagt. Angeblich haben sich alle Angeklagten schuldig bekannt. Der Prozeß wird wieder als Sensationschauspiel aufgezo-gen werden.

Aufbau und Vorlauf der Anklageschrift legen die Vermutung nahe, daß der neue Menschenprozeß mit Todesurteilen enden wird. Wie vor dem Manninprozeß, so treffen auch jetzt aus allen Gegenden der Sowjetunion Entschuldigungen und Anrufe von Partei- und Arbeiterorganisationen ein, die die schwersten Strafen gegen die Menschewikiführer fordern. In Moskau, Leningrad, Charkow, Kiew, Minsk und anderen Städten wurden Versammlungen veranstaltet, in denen gefordert wurde, die „widgewordenen Kleinbourgeois“ nicht zu schonen.

Rassenbote überfallen.

Die Täter mit 10 000 Mark unerkannt entkommen.

— Berlin, 2. März.

Der 53jährige Rassenbote einer Großbank Otto Schulz, der in Berlin von der Reichsbank 10 000 Mark abgehoben hatte, um die Summe in einer Depositionskasse abzuliefern, ist das Opfer eines schweren Raubüberfalles geworden. Drei Räuber hatten ihm im Hausflur der Bankfiliale ansgelauert. Einer schlug den Boten mit einer Eisenkette nieder, der zweite setzte ihm die Pistole auf die Brust, während der dritte das Geld, das Schulz in einer Aktentasche verwahrt, raubte.

Schulz, der seit 15 Jahren im Dienst der Bank steht, hatte das Haus, in dem sich die Depositionskasse befindet, durch einen Nebeneingang betreten, als sich die Räuber auf ihn stürzten. Der Bote war im ersten Augenblick derart benommen, daß er nicht um Hilfe rufen konnte. Die Verbrecher benutzten die Wehrlosigkeit ihres Opfers, um aus dem Hause zu flüchten, nachdem sie die Tür hinter sich geschlossen hatten. An der nächsten Ecke wartete eine Autodroste mit laufendem Motor, in welche die Verbrecher sprangen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. März 1931.

— Im 79. Lebensjahre verstarb in München der frühere Senatspräsident Erhard Müller.

• Kranzablieferung an Grabe Oberst. Aus Anlaß des Todestages des ersten Reichspräsidenten Friedrich Oberst ließ die preussische Regierung am Grabe Oberst einen Kranz mit einer Schleife in den preussischen Farben niederlegen.

• Besuch des belgischen Verkehrsministers bei Guérard. Der belgische Verkehrsminister M. Hippens stattete in Begleitung des belgischen Gesandten dem Reichsverkehrsminister von Guérard einen Besuch ab.

• Englische Artikel über die Auslandsbezüge deutscher Kriegsschiffe. In einer englischen Militärzeitschrift schreibt Sir Russell über die Auslandsbezüge der deutschen Kriegsschiffe: „Vor dem Kriege gab es keine Kriegsschiffe, die es in vollkommenerer Weise verstanden, die Flagge zu zeigen“ als jene, die unter der alten kaiserlichen Flagge fuhren. Und — trotz des unbedeutenden Vorrats beim Besuch eines neuen deutschen Kreuzers im früheren Deutsch-Ostafrika — kann ich ohne Bedenken sagen, daß dies von der heutigen Reichsmarine auch gilt.“

Rundschau im Auslande.

• Die spanischen Universitäten in Barcelona, Santiago und Valencia werden heute wieder geöffnet.

• Kanada hat die Einfuhr von Röhre, Pulver, Kupfer, Blei und Zellen aus der Sowjetunion verboten.

Aus Stadt und Land.

• Griff durch das Schalterfenster. Auf das Fenster Nr. 54 in Berlin wurde ein Lieberfall verurteilt. Ein junger Mann, der sich in einer Reihe von Lieberfällen durch das Schalterfenster, entziff dem Beamten einen Stapel Geldscheine und flüchtete. Der Postkassierer Klein, der durch sein Schalterfenster und eilte dem Räuber nach, wurde auf der Straße am zwischen dem Beamten und dem Flüchtling zu einem Ringkampf, bei dem ein Räuber den Postkassierer in die Hand biß. Der Räuber wurde festgenommen.

• Dr. Gitta Oberbürgermeister von Allenstein. Die Grund von Vereinbarungen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie wurde in der außerordentlichen und gebelimen Sitzung des Allensteiner Stadtparlaments der dem Zentrum angehörende Stadt Dr. Gitta zum Oberbürgermeister der Stadt Allenstein gewählt. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Gitta hatte die Wiederwahl abgelehnt. Die wirtschaftliche Fraktion protestierte gegen die Wahl.

• Produktionsbeschränkung in der Baumwollspinnerei. Nach einer Vätererhebung hat die Vereinigung der deutschen Baumwollspinnereien beschloffen, die Produktion von Mitte März ab allgemein um etwa sechs Prozent im Ausmaß bis zu 25 Prozent zur je nach dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad, weitere Beschlüsse, dem fast alle Mitglieder der Spinnereivereinigungen zustimmen, wurde infolge der großen Schwierigkeiten notwendig. Er erstreckt sich auf das ganze Reich. Nur ganz feine Garne, Drehmaschinen und für das Ausland bestimmte Garne werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

• Erdbebenmarke in Ratibor. In Ratibor ist ein Erdbebenmarke errichtet worden, um die Erdbebenwirkungen zu beobachten, die im ober-schlesischen Kohlenbezirk häufig dadurch entstehen, daß totegelegte Schichten bestreuen einfließen. Man will ein ganzes Erdbebenfeld solcher Erdbebenmarke über den geologisch zusammenhängenden deutsch-polnisch-tschechischen Kohlenbezirk stellen.

• Prälat Dr. Hatz besucht Schneidemühl. Der neuernannte Prälat von Schneidemühl, Dr. Hatz, ist am heutigen Montag Schneidemühl einen kurzen Besuch ab. Prälat Dr. Hatz wird bereits am nächsten Abend wieder nach Berlin zurückkehren. Der Antrittspunkt seiner endgültigen Ueberfiedlung steht noch nicht fest.

• Dr. Wolf auf freiem Fuß. Der in Stuttgart verhaftete Arzt Dr. Friedrich Wolf, ist, nachdem die Kreditsumme von 10 000 Mark hinterlegt worden, aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Diebstahlentlassung fand ganz unauffällig statt.

• Drei-Millionen-Darlehen für Wuppertal. Die Stadtverwaltung Wuppertal hat durch Vermittlung einer Industrie-Gesellschaft eine Aufnahme eines Darlehens von drei Millionen Mark auf die Dauer von drei Jahren zu einem Zinssatz von 8% Prozent. Wie weiter verlaute, sollen die städtischen Anteile an der Schwebebahn und der trinitritzberbergungs-Gesellschaft m. b. H. befristet werden.

• Furtwängler in London. Wilhelm Furtwängler mit den Berliner Philharmonikern gab ein zweites Konzert in Brüssel, das den Erfolg des vorausgehenden Abends zu einem Triumphe steigerte. Der König und die Königin baten auch an diesem Abend um Furtwängler und seine Gattin in ihre Loge, um die Bewunderung und Bewegung Ausdruck zu verleihen. Die Künstler begeben sich jetzt von Brüssel nach London.

• Dhringen im Kriegsgericht. Vor dem Kriegsgericht in Toulon begann ein Prozeß gegen fünf Dhringen, die in dem Militärgefängnis von Calvy durch Koxilla gemeuert hatten. Während einer kurzen Unterbrechung der Verhandlungen, die selbstverständlich hinter verschlossenen Türen stattfanden, kam es zu mehreren Bandelungen des Gebäudes zu einem miltären Personalschenfall, in dessen Verlauf der Verbeiger der Dhringen Matrosen, der kommunistische Rechtsanwalt Saboul, einem Offizier eine Ohrspeige verabfolgte.

• Neue Auflage gegen Dufrie. Der frühere

des Hauptes auf die tiefe Verbeugung des Gastes, dann war sie allein.

Was war es nur gewesen, das ihr diese Antwort so schwer gemacht? Er war einer unter vielen, die ohne Erhörnung ihres Wunsches verabschiedet wurden. Eugenie hatte nie totetiert und keinen Bewerber herangezogen; es wurde ihr auch niemals schwer, eine kurze Verneinung auszusprechen. Sehr bald war sie darüber ruhig. Bei ihrer Wahrheitsliebe sagte sie ohne Umschreibung ihre Ansicht, machte sich auch niemals Vorwürfe, denn sie hatte das Rechte getan.

Jetzt war es etwas anderes, das sie nicht zur inneren Ruhe kommen ließ. Sie hatte einen Partner gegenübergestanden, der mit gleichem Stolz ihr die verdiente Antwort gab, der ihr nach jeder Richtung hin nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen war. Sie hatte einen Mann kennengelernt, der nicht mit Phrasen und Floskeln umging, der ehrlich auf ihre Beleidigungen variierte und in vornehmer Weise seinen Mißzuga deckte, so, daß er als Sieger aus dem Kampfe hervorging. Kein Wort der Bitte, auch keine Beteuerungen, sich ihren Wünschen anzuweisen! Ein stolzer, vornehmer Abschied war der Schluß der Zusammenkunft.

„Aun gut, ich habe es ja gewollt, und wenn er nochmals wiederfände, so würde ich genau dasselbe antworten.“ Sie verstumte im Innern; es war doch ein eigenartiger Druck, der ihr Setz befestigte. Sie wußte nicht mehr, was sie wollte. Ihr Vater tauchte wieder vor ihr auf, und die Worte „Dietrich von Waldungen“ glaubte sie deutlich zu hören.

Sollte denn dieser Name auch jetzt, nachdem ein endgültiger Schluß mit allen Beziehungen zu ihm gemacht war, sie weiter peinigen? Sie kam in ein aufgeregtes Grübeln; wodurch war dieser Mann ihrem Vater wert gewesen?

Aus den wenigen Worten Dietrichs ging hervor, daß beide Männer sich genau gefannt hatten. Eugenie wußte, daß ihr Vater sie innig geliebt und nur der Besten einen

für sie wert gehalten. Er wollte sein Kind glücklich sehen und glaubte, daß dies unbedingt an der Seite des Herrn von Waldungen sein könnte. Der Baron aber war über die glänzenden Verhältnisse Eugenie natürlich unterrichtet. Jawohl, nur das ist der Grund gewesen, mein Herr, daß ich die Waldungen, der Sie besetzte, die Tochter des reichen Vaters als Gattin heimzuführen. Diese Person, die Sie so leicht zu erringen glaubten, ist sich aber zu schade, sich zu verlaugen etwas mehr, als eine siebenzadige Krone.

Es war, als ob durch diesen Gedankengang das junge Mädchen ruhiger geworden wäre. Sie sah plötzlich das Verlangen nach Menschen, sich zu unterhalten, und auf etwas anderes zu kommen. Sollte sie zu Bekanntheit geben, Besuche machen? — O nein, nur das nicht. Ein war ja schon, wenn man bei sich selbst nach Belieben Einsicht halten konnte, und seinem Zwang unterlegen war. Wenn man seinen Liebhabereien, seinen Künften, dem Gesang und Klavierpiel, auch ab und zu einer Stunde des Reitens sich überlassen konnte, wie schön war das! Sie hatte trotz aller trübten Gedanken, die sich so häufig aufdrängten, nie die Menschen vermisst. Jetzt schmeckte sie sich nach einer Aussprache, nach einer Seele.

Sie klingelte ihrer Jungfer, und Esfriede erschien. Eugenie wußte selbst nicht, was sie jagen sollte; noch nie war das Gleichmaß im Verkehr mit ihren Angehörigen unterbrochen. Fräulein Eppen war als sehr stolz und selbstbetannt; es wagte niemand im Hause, ihr eine ungeschickte Antwort zu geben. Was sie bestimmte, war für alle ein Gesetz. Seit dem Tode des Geheimrats hatte sich darin auch nichts geändert. Nur Esfriede durfte sich manches erlauben, was früher ausgeschlossen gewesen. In ihrer großen Liebe und Verehrung für Fräulein Eppen hatte sie oft zu guten Ratschlägen gegriffen. Sie konnte nicht anders, sie mußte ihr gnädiges Fräulein umforgen und betreuen. Mit Verwunderung hatte diese die Dinge entgegengenommen, sich allmählich daran gewöhnt, und es war ein herzlich Versehen zwischen beiden entstanden.

(Fortsetzung folgt.)

Großherzog Friedrich August letzte Fahrt

Nun bist auch Du zu Deinen Vätern heimgegangen, Dem unser Herz in Liebe warm entgegen schlug, Tiefste Verehrung Deines Volts hielt Dich umfangen, Schlicht und gerad' war Deines Wesens schönster Zug.

In Schmerz und Trauer stehen wir an Deiner Bahre, Deß Lebensdienst Heimat und Vaterland gehöret; Als guter Landesvater hast Du achtzehn Jahre Mit Freundschaft und mit Liebe Oldenburg regiert.

Es weilen heute ehmal'ge Untertanen Zu tausenden in Deiner alten Residenz, Es senten sich zum letzten Gruß hundert Fahnen, Das Ehrengeld gibt Bürgersmann und Czellenz.

In Deiner Ahnen Gruft hast Du die Ruh' gefunden, Du edler Fürst, der uns in Treue zugewandt, Auch übers Grab hinaus sind wir mit Dir verbunden, Vergessen wird Dich nicht Dein Volk und Heimatland.

F. V.

Die Bedürftigkeitsprüfungen.

Einwirkung der Gemeinden bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat über die Einwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung der Krisenfürsorge Richtlinien aufgestellt. Wo das Arbeitsamt die Prüfung der Bedürftigkeit mit seinen eigenen Kräften durchführen kann, sollen Gemeinden und Gemeindeverbände nicht herangezogen werden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollen nur dann herangezogen werden, wenn sie einen geeigneten Ermittlungsapparat zur Verfügung stellen können, so daß eine sachliche Durchsicherung gewährleistet ist. Die Vereinbarungen mit den Gemeinden über eine Hinzuziehung sollen vorerst nicht über den 31. August 1931 hinaus abgeschlossen werden. Die letzte Entscheidung, ob eine Bedürftigkeit vorliegt, ist ausschließlich dem Vorsteher des Arbeitsamtes zuzugewenden. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit sind häufter als in der Öffentlichkeit die früheren Lebensverhältnisse des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Für die Durchführung der Prüfung durch die Gemeindeverbände kann eine Vergütung bis zu 60 Pfennige je Fall und für weitere anschließende Prüfungen eine Vergütung bis zu 30 Pfennig je Fall gewährt werden.

Anklage gegen Urazeff.

Nach fünf Jahren. — Sonderdezernat in Moabit.

Nach fünfjährigen Ermittlungen hat sich die Staatsanwaltschaft I Berlin entschlossen, gegen den Privatnotar Kaufmann und Apotheker Michael Alexander Urazeff (mit seinem richtigen Namen Maslowitz) eine Mißvertragsanklage zu erheben. Es geht um den Verkauf der Urazeffs, die im Zusammenhang mit den Verlusten der Raiffeisen-Bank bekannt geworden und in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß behandelt worden sind.

Zur Erhebung der Anklage ist in Moabit ein Sonderdezernat unter Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schumacher gebildet worden. Das Verfahren soll auf einige wichtige klare Vertragsfälle konzentriert werden.

Neuer Raubmord im D-Zug.

Auf der Strecke Ostende—Köln. — Die Leiche vor Büttich gefunden.

Im Nachtzug Ostende—Köln wurde zum zweiten Male in kurzer Zeit ein Raubüberfall begangen. Als der Schnellzug gegen 3 Uhr morgens in Herbestadt einlief, entdeckten kontrollierende Beamte in einer Abteil 2. Klasse Blutspure und unter einer Bank einen Hammer, der ganz neu war und noch das Verkaufsetikett trug. Sofort wurden sämtliche Stationen benachrichtigt.

Um 6 Uhr fanden Arbeiter bei der Station Barmen vor Büttich die entstellte Leiche eines jungen Mannes. Ein Wein lag, vom Zuge abgefahren, zwischen den Schienen. Bei dem Ermordeten, dem in der tohellen Weise der Schädel getrennt worden war, fand man weder Papiere noch Geld oder Verkleidung. Nur in einer Westentasche wurden einige Reichsmarknoten mit dem Namen Viktor Schwarz, Handelsvertreter in Baddeck, ebenso ein internationales Fahrcheinloste gefunden.

Als Täter wurde in Büttich ein Kraber verhaftet. Der Verhaftete gestand nach längerem Leugnen die Tat ein.

Die Wahlen in Braunschweig

Braunschweig, 2. März.

Die Kommunalwahlen im Lande Braunschweig sind nach den bisher vorliegenden Meldungen vollkommen ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als bei den letzten Wahlen.

Zum Vergleiche zu den Reichstagswahlen im September 1930 abgegebenen Stimmen können nur die auf die Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten entfallenen Stimmen herangezogen werden. Es ergibt sich nach weiterer Berechnung folgendes Bild: Im ganzen Lande Braunschweig wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 113 114 (gegenüber 126 972 bei der Reichstagswahl 1930) Stimmen, Nationalsozialisten 84 579 (83 398), Kommunisten 26 231 (21 317) Stimmen. Die anderen Wahlvochtschlüsse für die Kreisliste können zum Vergleich nicht herangezogen werden.

17:18

Das Endergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 37 672 (Stadtverordnetenwahlen 1928: 44 803), Nat.-Soz. 27 040 (3814), Kommunisten 12 236 (4324), Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6200, Deutschnationale 4471, Nationale Einheitsliste 7924. — Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten Sozialdemokraten 41 621, Nat.-Soz. 25 252, KPD. 8823, Staatspartei 2968, Deutschnationale 4999.

Die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung verteilen sich nach vorläufiger Errechnung wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, 7 Bürgerliche (Deutschnationale Volkspartei und Nationale Einheitsliste). Das Stimmverhältnis ist also 18 Linke zu 17 Rechten.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten SPD. 19, Kommunisten 1, Demokraten 1 Sitz, Nat.-Soz. 1 Sitz, Volkspartei 1 Sitz und die Bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze.

Bei der Wahl hatten von 115 560 Wahlberechtigten 97 124 das Wahlrecht ausgeübt. Das bedeutet eine 84prozentige Wahlbeteiligung.

Wieder Giftgas über Belgien

Brüssel, 2. März.

Wie Libre Belgique meldet, hat sich gestern abend eine neue Giftgaswelle über die Drätschen Tilleur und Schlessin südlich von Büttich verbreitet. Etwa 30 Personen zeigten Vergiftungssymptome. Die belgische Staatsanwaltschaft hat sich an Ort und Stelle begeben.

Die Westfront im Juni 1918

Ein Brief Perlhings

Newyork, 2. März.

Newyork Times, die in täglichen Forschungen die Kriegserinnerungen des früheren amerikanischen Höchtkommandierenden, General Perlhings, veröffentlichten, drucken heute einen Brief Perlhings an den früheren Kriegsminister Baker ab, der im Juni 1918 geschrieben ist und in dem Perlhing dringende weitere 2 Millionen Soldaten und eine weitgehende Beschäftigung von Frauen in den Munitionsfabriken verlangt, da die Auslichter sehr ungünstig seien. „Wenn in diesem Jahre“, so heißt es in dem Schreiben wörtlich, „noch weitere erste Rückschläge kommen, dann wird es sehr schwer fallen, Frankreich überhaupt noch im Kriege zu halten. Die moralische Widerstandsfähigkeit sowohl der französischen als auch der britischen Truppen ist nicht, wie sie sein sollte. Unsere zweite und dritte Division haben in Wirklichkeit die Deutschen zum Halten gebracht, die Franzosen waren der Aufgabe nicht gewachsen.“

Die Reichsbahndirektion Oldenburg im Jahre 1930

Der allgemeine wirtschaftliche Druck des Jahres 1930 wirkte sich für den Bezirk der R. V. D. Oldenburg in den ersten Monaten des Jahres noch nicht in vollem Maße, im weiteren Verlauf des Jahres jedoch immer mehr aus und zeigt sich auch in den Verkehrsstatistiken der Reichsbahndirektion Oldenburg. Während im Jahre 1929 insgesamt abgefertigt worden sind im Empfang 3 558 460 t (1913: 3 534 635 t) sind im Jahre 1930 nur 3 265 260 t abgefertigt worden, im Versand ergeben sich für 1929: 2 082 599 t (1913: 1 956 774 t), für 1930: 1 862 066 t. Hieron entfallen an Wagenladungen auf die Westhäfen:

Brake		Nordensham	
Versand	Empfang	Versand	Empfang
1930: 386 198 t	59 841 t	1930: 80 319 t	146 954 t
1929: 414 632 t	59 995 t	1929: 109 236 t	152 014 t
1913: 710 117 t	61 443 t	1913: 86 379 t	226 506 t

Gesamt wurden insgesamt im Jahre 1930: 292 060 Wagen (1913: 333 463 Wagen, 1929: 282 898 Wagen). Im Tierverkehr wurden insgesamt abgefertigt im Empfang 831 479 Stück (1913: 390 150 Stück, 1929: 659 735 Stück) und im Versand 1 826 951 Stück (1913: 1 105 973 Stück, 1929: 1 611 903 Stück). Im Personenverkehr sind insgesamt verkauft: 6 253 521 Fahrkarten (1913: 7 027 115 Fahrkarten, 1929: 6 502 587 Fahrkarten). Im ganzen zeigt sich also, abgesehen vom Tierverkehr, der u. a. auch durch Schweine-Transporte nach Aufstehen einen gewissen Auftrieb erhält, ein rückläufiges Verkehrsbild, das nur gelegentlich, so im März durch stärkeren Getreideverkehr infolge größerer Einfuhr aus Lieberke wegen der bevorstehenden Zoll-Erhöhung, nachher, unter Einschränkung dieses Getreideverkehrs, durch Kartoffelstockzufuhr aus Mitteldeutschland und den Ostprovinzen in besonderer Art beeinflusst wurde. Der Roggenvverkehr von Wilhelmshaven in Richtung Tschekoslowakei und Ungarn hat an Bedeutung gewonnen und wurde durch geeignete Tarifmaßnahmen gefördert; im übrigen bewegten sich die tariflichen Maßnahmen vornehmlich auch in der Richtung der Bekämpfung des Auto-Wettbewerbs, der bekanntlich der Reichsbahngesellschaft immer noch schädlich zu schaffen macht. Die Verbesserungen in der Güterbeförderung (Schnellgüterverkehr u. ä.) dienen nicht zuletzt auch diesem Ziel.

Die äußerst angelegte Finanzlage der Reichsbahn, die durch den rückläufigen Verkehr und die Verkehrsverhältnisse durch die Autokonzurrenz bekanntlich einen Einnahmeausfall von über 700 Millionen RM aufweist, machte es unmöglich, durch bauliche Maßnahmen im Interesse der Reisenden und Verkehrstreibenden trotz mannigfacher Wünsche, die auch die Reichsbahn gern erfüllt sehen möchte, mehr als das grade Notwendige zu tun. In Wilhelmshaven konnte durch eine neue Wahnstieglüberdachung eine Verbesserung für den Reise-Verkehr hergeführt werden. Der Neubau des Empfangsgebäudes in Bremen-Neustadt wurde weiter gefördert, konnte aber auch bis jetzt noch nicht zu Ende gebracht werden. Für betriebstechnische Zwecke wurde in Delmenhorst ein Bahnbetriebswerk für die Unterhaltung der Lokomotiven eingerichtet. Einige Stellwerke (Stichhänen-Weide, Wunde, Sandrag, Berne) konnten erneuert, die betriebsnotwendigen Verläufe von Brücken fortgeführt werden.

Die enge Verbundenheit der Reichsbahn mit der Wirtschaft tritt in einer Zeit wirtschaftlicher Depression, wie im verflochtenen Jahre, besonders eindringlich hervor. Andererseits ist aber auch die Wirtschaft auf eine günstige Entwicklung des Reichsbahnunternehmens nicht weniger angewiesen, denn nur so ist es ihm möglich, den der Reichsbahn auferlegten wesentlichen Teil der Reparationslast zu tragen und zugleich eine der Gesamtwirtschaft günstige Frachtingestaltung durchzuführen. Wenn daher die Reichsbahn neuerdings, gedrängt durch die wachsenden Ausfälle infolge Verkehrsrückgang und Autokonzurrenz neue Wege beschreitet, um ihren Bestand zu wahren, so sollte die breite Öffentlichkeit ihr weitgehendes Verständnis entgegenbringen, erst recht, wenn derartige Maßnahmen durch Senkung der Transportkosten den Verkehrstreibenden zu gute kommen. In dieser Hinsicht stellt der neue Vertrag mit der Deutschen Bahn-Expedition Schenker & Co., der die Vollgebühren im ganzen Reichsgebiet vereinheitlicht und herabsetzt, durch den Ausbau des Sammelgutverkehrs die Transportkosten senken und der zugleich einen großzügigen Haus-Haus-Verkehr einführen will, für die Verkehrstreibenden fraglos einen Fortschritt dar. Hierbei ist es eine Sache für sich, wenn das Expeditionsgewerbe sich durch den Vertrag beengt fühlt und in der Kritik des Vertrages vielfach über das Sachliche hinausgeht. Der Reichsbahnverkehr, der Verkehrstreibende, sollte es nur begründen, wenn die neuen Maßnahmen voraussichtlich beispielsweise bei Beförderung von 100 kg Frachttätigkeit auf der Strecke Oldenburg—Gamburg eine Senkung der Gesamtkosten um 27 % auf der Strecke Wilhelmshaven—Bremen um 20 %, bei der Strecke Wilhelmshaven—Münster um 12,5 %, bei der Strecke Oldenburg—Berlin um 12 %, bei der Strecke Oldenburg—Frankfurt (Main) um 5,2 % ermöglichen werden. Hierbei wird der Roggenvverkehr aus auf die Wagenladungsüter der drei obersten Klassen des Normaltarifs ausgedehnt werden. Es ist zu erhoffen, daß die neuen Maßnahmen das Jahr 1931 auch für die R. V. D. Oldenburg günstiger gestalten werden, als es das Jahr 1930 gewesen ist.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Es ist, den 3. März 1931

Tagessieger

○-Ausgang: 7 Uhr 13 Min. ○-Untergang: 6 Uhr 06 Min.

Schwärzer:

— 1 Uhr Vorm. — 1.57 Uhr Nachm.

4. März: 2.19 Uhr Vorm. — 2.55 Uhr Nachm.

* Der gefristete 2. März wird in manchem alten Esfletther die Erinnerung an die Friedensfeier in Esfletther, die am 2. März 1871 begangen wurde, nachgerufen haben. Es war ein Fest, an dem die ganze Einwohnerschaft in beifolgender Einmütigkeit teilnahm, und als dessen Festredner die Herren Dr. Harms, D. Wellmann, Dr. Fielke und Ad. Schiff Hamden, von glühender Vaterlandsliebe getragene Ansprachen an die unüberlebende Volksmenge hielten.

* Oldenburger Landestheater. Dienstag, 7^{1/2} Uhr (A 23): „Der Vogelhändler“. Mittwoch, 3^{1/2} Uhr (Ausw.-Vorstellung Nr. 11): „Meine Schwefelsterne und ich“; 7^{1/2} Uhr: „Robinsonade“. Donnerstag, 3^{1/2} Uhr: „Zweites Jugendkonzert“; 7^{1/2} Uhr (B 23): „Die Fee“. Freitag, 3^{1/2} Uhr: „Zweites Jugendkonzert“; 7^{1/2} Uhr (C 23): „Bique Dame“. Samstag, 7^{1/2} Uhr (D 23): „Die Bräute“. Sonntag, 3^{1/2} Uhr: „Die Portugiesische Schlacht“; 7^{1/2} Uhr: „Der Vogelhändler“.

* Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1930 sind an Reichsüberweisungssteuern für den Landesteil Oldenburg eingegangen und an die Gemeinden (Gemeindeverbände) abgeführt:

Gesamteinnahme

1. Reichseinkommensteuer	6 675 268 RM	8 814 496 RM
2. Körperschaftsteuer	1 288 700 RM	736 400 RM
3. Umsatzsteuer	2 207 496 RM	1 324 498 RM
4. Grunderwerbsteuer	485 430 RM	242 715 RM
5. Kraftfahrzeugsteuer	1 870 889 RM	227 803 RM
6. Mineralwassersteuer	72 672 RM	54 532 RM
7. Biersteuer	139 834 RM	— RM
8. Rennwettsteuer	92 025 RM	— RM

Der Ergänzungsanteil zur Einkommen- und Körperschaftsteuer nach § 35 des Reichsfinanzgesetzes ist in den unteren Ziffer 1 und 2 angeführten Beträgen nicht enthalten, da er erst nach Ablauf des Rechnungsjahres vom Reiche zur Auszahlung gelangt.

* Lieferungsvertrag mit Rußland über 6000 Schweine. Die in letzter Zeit seitens der Deutschen Agrargesellschaft in Berlin mit Vertretern der russischen Regierung geführten Verhandlungen über die Lieferung von Schweinen, haben ein gutes Ergebnis

Wandern, Turnen, Spiel und Sport

Innere Kleinsten turnen im G. T. S.!

Warm denn eigentlich? Was machen sie da? Körperschule, Gerätturnen, Gesundheitsübungen, Anstreben, Stillgestanden usw.? Nein, sie spielen viel, sie singen viel, sie schön, daß die ganze Halle klingt: „Goldne, goldne Bräute —“. Jetzt sind auf einmal alle kleine Enten geworden und watscheln hintereinander her. Und nun tollert der Ball durch die Beine, und die kleinen Mädel tollern hinterher. „Das ist so gesund“, sagen die Mütter. Gesund? Denken das die Kinder auch? Ach was, der Ball ist so schön die, und das Turnen macht so viel Spaß! Ja allem sind die Kinder mit ganzer Seele dabei; das ist viel wichtiger als der gesundheitliche Zweck, der dahintersteht.

